

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postfach Nr. 21568.
Stroß Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 286.

Montag, 9. Dezember 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsern Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.00 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 von dreizehn Grundstücken (7 Seiten) 30 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubendes und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. Stelle Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierteljährliche Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Spitze. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Wenterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Alkohol- und ätherhaltige Präparate, die dem Rezepturwesen nicht unterliegen, insbesondere Spiritus sive (Hoffmanns Tropfen), Tinctura Valeriana, Tinctura Valeriana aetherea, Karmeliteralkohol, Franzbranntwein, Rosmarin- und Wacholdergeist, Senfspiritus, dürfen in und außerhalb von Apotheken im Handverkauf nur an Heilswenden, und ohne ärztliche Verordnung nur in Mengen bis zu 20 g an eine Person für einen Tag abgegeben werden.

Zwischenhandlungen werden auf Grund von § 367 Biffer 5 des Reichsstrafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft bestraft.
Dresden, am 3. Dezember 1918. 161 a IV Mb
Ministerium des Innern. 5551

Verordnung

zur Ausführung der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatwecken und deren Pflanzreife vom 28. November 1918.

Saat- und Steckzwiebeln dürfen nicht zu Speisewecken verwendet werden.

Erzeuger von Saat- und Steckzwiebeln dürfen diese nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung abgeben. Die Erteilung dieser Genehmigung wird für Sachen dem Landeskulturrat in Dresden-N., Sidonienstraße 14, übertragen. Anträge auf Erteilung der Genehmigung sind von den Erzeugern an den Kommunalverband des Erzeugungsortes zu richten, der sie unter Beachtung unverzüglich an den Landeskulturrat weiterzureichen hat. Die Anträge müssen die Angabe enthalten, wieviel Saat- und Steckzwiebeln dem Gewicht nach dem Antragsteller insgesamt zur Verfügung stehen und wieviel er davon abgeben wünscht. Dem Antrag sind Muster in der erforderlichen Anzahl beizulegen. Der Kommunalverband des Erzeugungsortes und der Landeskulturrat sind befugt, die Vorräte des Antragstellers durch einen Beauftragten, der sich als solcher ausweist, besichtigen zu lassen. Der Erzeuger darf insgesamt nur diejenigen Mengen abgeben, für die ihm die Genehmigung erteilt worden ist.

Die Landesstelle für Gemüse und Obst bleibt befugt, nach Anhörung des Landeskulturrats den Abgab von Saat- und Steckzwiebeln zu beschränken oder zu untersagen.

Die Abgabe und der Erwerb von Saat- und Steckzwiebeln darf nur gegen Saattkarte erfolgen.

Die Saattkarten für Saat- und Steckzwiebeln werden auf Antrag des Erwerbers nach Prüfung des Bedürfnisses erteilt. Die Ausstellung erfolgt unter Verwendung der für den Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Luzerne und Hirse vorgeschriebenen Saattkarten und unter Beachtung der für diese erlassenen Bestimmungen (RWB. S. 677 ff.) für Händler durch den Landeskulturrat, für Verbraucher durch den Kommunalverband des Verbrauchsortes. Der Kommunalverband hat dem Landeskulturrat monatlich mitzuteilen, wieviel Saattkarten und über welche Mengen Saat- und Steckzwiebeln solche ausgestellt worden sind.

Der Erwerber von Saattgut hat die Saattkarte dem Verkäufer spätestens bei Lieferung des Saattgutes anzuhändigen. Wird das Saattgut mit der Eisenbahn verladen, so hat sich der Verkäufer von der Verladung auf der Rückseite der Saattkartenabschnitte die erfolgte Abgabe unter Angabe der verladenen Menge und des Ortes bescheinigen zu lassen, nach dem das Saattgut verladen ist. Erfolgt die Verladung nicht mit der Eisenbahn, so hat sich der Verkäufer auf der Rückseite der Saattkartenabschnitte den Empfang bescheinigen zu lassen.

Der Verkäufer hat den Abschnitt A der Saattkarte abzutrennen und ihn an den Erwerber zurückzugeben, Abschnitt B für sich zurückzubehalten und aufzubewahren und Abschnitt C unverzüglich dem Landeskulturrat einzuliefern.

Die gegenüber Speisewiebeln erhöhten Preise für Saat- und Steckzwiebeln (vergl. § 2 der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 28. November 1918) dürfen auch für Saat- und Steckzwiebeln nur dann gefordert und bewilligt werden, wenn die Abgabe gemäß den vorstehenden Bestimmungen erfolgt.

Die Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 19. November 1917 — 2095 III VIII, Sächs. Staatszeitung Nr. 272 — und vom 29. November 1917 — 2095 III VIII, Sächs. Staatszeitung Nr. 279 — werden aufgehoben.

Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft. 2657a VO I
Dresden, am 4. Dezember 1918. 5559
Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Ausführungsverordnung zum Reichswahlgesetz.

Auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (RWB. S. 1345 ff.) und der Wahlordnung vom gleichen Tage (RWB. S. 1353 ff.) sowie zu deren weiterer Ausführung wird folgendes bestimmt:

I.
Zu Wahlkommisaren werden gemäß § 8 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes und § 11 der Wahlordnung ernannt:
für den 28. Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 1—9)
der Oberregierungsrat Dr. Geerlich bei der Reichshauptmannschaft Dresden,
für den 29. Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 10—14)

Deutliches und Sächsisches.

Riesa, den 9. Dezember 1918.

— Deutliche gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtvorordneten am Dienstag, den 10. Dezember 1918, nachmittags 5 Uhr in der Aula des Realprogymnasiums. Tagesordnung: Aufstellung eines Ortsgesetzes, betr. die Wahlen der Stadtvorordneten.
— Vollziehung des Arbeiter- und Soldatenrates Riesa. Aus der Vollziehung des Arbeiter- und Soldatenrates Riesa vom 6. Dezember wird uns Folgendes berichtet: Die hiesige Garnisonshilfskommission verwaltert werden. Es wird ein verantwortlicher Geschäftsführer eingestellt, welcher eine Kautionsleistung hat. Ein Antragsteller führte treffend aus, daß sich in der Verordnungsung längt eine berechtigte Mißbilligung gegen den Amtshauptmann in Großenhain berechtigt habe. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, im Einverständnis mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Großenhain einen ständigen Beisitzer in die Amtshauptmannschaft zu beordern. Lebhafte Unmut wurde in der Sitzung laut, als die Beschlüsse der Sitzung des sich selbst eingeleiteten Landes-, Arbeiter- und Soldatenrates vom 3. Dezember in Dresden bekannt gemacht wurden. Es wurde beantragt, an das Gesamt-Ministerium und den Arbeiter- und Soldatenrat in Dresden einen energiegeladen Protest einzuliefern, gleichfalls an sämtliche A- und S.-Räte des Landes ein Schreiben zu erlassen, worin gefordert wird, selbständig zu handeln und die in Dresden bereits gefaßten Beschlüsse so lange außer

Wacht zu lassen, bis eine gerechte Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte des Landes gewährleistet wird. — Ein Gesuch um Bewahrung für die Kommandanturzulage der Militärmusik der Garnison mußte zurückgestellt werden, bis schriftliche Unterlagen über das Einkommen eingereicht sind. — Ein Wahlprotokoll, welches anlässlich der Ergänzungswahlen aus Gröba vorlag, wurde zur Prüfung einer Kommission überwiesen. — Wegen Kohlenmangel und Lichtersparnis wird von einer Dezentralität der Vollziehungen abgesehen, doch wurde beschlossen, in Zukunft von jeder Vollziehung des Arbeiter- und Soldatenrates, einen öffentlichen Bericht in der Presse erscheinen zu lassen. — Von der Seifenfabrik Gröba wird berichtet, daß fortgesetzt unbedeutende Entlassungen vorgenommen werden, trotzdem die achtstündige Arbeitszeit bereits noch nicht eingeführt ist. Der Vorsitzende weist wiederholt darauf hin, daß es Pflicht der Gewerkschaften ist, in Verbindung mit solchen Firmen zu treten, bei welchen sich Mißstände zeigen. — Ein Antrag, daß in Zukunft Einzelgaben vorzuziehen werden und nur nach Treibjagen nach vorheriger Anmeldung stattfinden sollen, da sich herausgestellt hat, daß die Jäger vermehrt die Einzeljagd betreiben, wird angenommen. — Kurz vor Schluß der Sitzung wurde noch gemeldet, daß ein höherer Beamter des Provinzamtis festgenommen wurde, in dessen Wohnung, außer 75 Kilogramm Weizenmehl und 30—40 Kilogramm Graupen, verpackten Nahrungsmittel beschlagnahmt worden sind, welche ohne Zweifel aus dem hiesigen Provinzamt stammen.
Dem hiesigen A- und S.-Rat werden wie früher noch um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht: Die bereits

der Geh. Regierungsrat Freiherr v. Oer bei der Reichshauptmannschaft Leipzig für den 30. Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 15—23) der Stadtrat Dr. Hartwig in Chemnitz.

Als Gemeindeoberbeamten im Sinne von Biffer III der Anlage B zur Wahlordnung in Verbindung mit § 10 der Wahlordnung sind zuständig:

1. für die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlraumes:
a) in den Städten mit rev. Städteordnung: der Stadtrat,
b) in den übrigen Städten: der Bürgermeister,
c) in den Landgemeinden: die Amtshauptmannschaft.
2. für die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten:
a) in den Städten mit rev. Städteordnung: der Stadtrat,
b) im übrigen: die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirkswahlamt.

III.
1. Die Abgrenzung der Stimmbezirke (§ 7 des Reichswahlgesetzes in Verbindung mit § 9 der Wahlordnung) hat durch die nach Biffer II, 1 dieser Verordnung zuständigen Behörden unverzüglich zu erfolgen; die Amtshauptmannschaften haben den Gemeindevorständen sofort zu eröffnen, in welcher Weise die Stimmbezirke auf dem platten Lande abgegrenzt sind.

2. Eine Abschrift der nach § 9 Abs. 2 der Wahlordnung erforderlichen Anzeige an den Wahlkommissar ist dem Ministerium des Innern einzureichen.

IV.
1. Die Aufstellung der Wählerlisten durch die Gemeindebehörden (§ 9 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes in Verbindung mit §§ 1 und 2 der Wahlordnung) ist unverzüglich nach der Abgrenzung der Stimmbezirke in Angriff zu nehmen und dergefallen zu beschleunigen, daß die Listen spätestens bis Ende dieses Jahres fertiggestellt sind.

2. Die Aufstellung der Wählerlisten in solchen Gemeinden, zu deren Steuerkreis ein selbständiger Gerichtsbezirk gehört, erfolgt auch für die Bewohner des Gerichtsbezirks mit durch die Gemeindebehörden (vgl. § 84 der Landgemeindeordnung, § 8 der rev. Städteordnung).
Dresden, am 7. Dezember 1918. 181 I L
Ministerium des Innern. 5588

Bekanntmachung.

1. Abänderungen der Jagdbestimmungen vom 28. 11. 18.
In Zukunft dürfen nur noch Treibjagen nach vorchriftsmäßiger Anmeldung erfolgen.
Einzeljagen sind aufs strengste untersagt. Bei Treibjagen sind nur 10 Jagdteilnehmer je ein Hase oder Kaninchen zu belassen.
Den Anordnungen der Jagdkontrollen ist Folge zu leisten.
2. Auf Ansuchen erklärte sich die Postbehörde bereit, das Notgeld des Induktiverbandes Dresden in Zahlung zu nehmen.
Riesa, den 7. Dezember 1918.
Arbeiter- und Soldatenrat Riesa.
v. a. Scherff. v. a. Richter.

Aufgebot.

Das unterzeichnete Amtsgericht hat das Aufgebotsverfahren zur Verbeiführung der Todeserklärung nachstehender Personen eingeleitet und zwar:

1. des Leichnamtrögen Wilhelm Paul Richter, geboren am 3. April 1886 zu Voberßen, Amtshauptmannschaft Großenhain, bis zum 28. Februar 1904 in Voberßen, darauf in Hamburg wohnhaft, später auf dem englischen Dampfer „Polos“ auf Seefahrt im Mittelmeer, seit Ende Dezember 1908 verfloren, auf Antrag seines Vaters, des Schneidemühlenscheifers Friedrich Wilhelm Richter in Voberßen, Nr. 24.
 2. des Arbeiters Rudolf Arthur Eichner, geboren am 2. Februar 1874 in Riesa in Sachsen, zuletzt — 1912 — in der französischen Fremdenlegation in Nikita, seit 1912 verfloren, auf Antrag des Vlegers, Schneidemeister Heinrich Rudolf Käseberg in Rausitz, Amtshauptmannschaft Großenhain.
- Als Aufgebotsstermin vor dem hiesigen Amtsgerichte wird der 15. April 1919, vormittags 9 Uhr bestimmt.

Es ergeht hierdurch die Aufforderung,
1. an die Verflorenen, sich spätestens im Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls ihre Todeserklärung erfolgen wird,
2. an Alle, die Auskunft über Leben oder Tod der Verflorenen zu erteilen vermögen, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gerichte hiervon Anzeige zu machen.
Riesa, den 30. Oktober 1918.
Das Amtsgericht.

Stadtbücherei.

Über 5500 Bände, jeden Montag, ausschließlich schulfreier Tage, abends von 7—9/9 Uhr geöffnet. Eingang: Haupttor des Knaben Schulgebäudes Goethestr. Leihgebühr für den Band 1 Woche 3 Pf., 2 Wochen 5 Pf., 3 Wochen 8 Pf., 4 Wochen 10 Pf.
Die Verwaltung der Stadtbücherei. J. W. Lohmann.

in dem Sitzungsbericht des A- und S.-Rates Riesa vom 6. Dezember erwähnte Verhaftung eines höheren Verwaltungsbeamten des Provinzamtis Riesa, sog. wie vorausgesehen war, weitere Kreise nach sich. Ein zweiter Beamter der Leitung des Provinzamtis, sowie ein Verwalter von beiseit, wurden ebenfalls durch den Gerichtskommissar des A- und S.-Rates Riesa in Haft gesetzt. Ganze Warenlager allerhand rationierter Lebensmittel aus den Beständen des Provinzamtis Riesa wurden vorgefunden. Es ist unglücklich, wie dies zum Teil schon seit vier Jahren möglich war. Die Kleinen wurden gehangen und die Großen nicht gefangen. Nun finden sich die Bezugsquellen der sog. „Auslandsware“. Es ist nur zu wünschen, daß noch mehr solche Nester ausgehoben werden können, zum Wohle der gesamten Lebensmittelverteilung.
— Truppenankünfte. Am Sonnabend trafen mit der Bahn aus dem Felde hier ein: Gruppenadmiral-Kommando 619, Gruppenfernsprech-Abteilung 619 und Stationszug 160. Diese Truppenentele wurden in Gröba bequartiert. Am gestrigen Sonntag trafen ferner aus dem Felde hier ein die 1. bis 5. Kompanie von. P. 44 nebst Stab. Diese bezogen in folgenden Ortschaften Quartiere: Stab in Prausitz, 1. Kompanie in Wergendorf, 2. Kompanie in Rehlthauer, 3. und 4. Kompanie in Prausitz, 5. Kompanie in Gostwitz. Die 2., 3. und 4. Kompanie wurden von hier aus mit der Bahn bis Prausitz weitergeleitet. Die 5. Kompanie ebenfalls aus dem Felde hier angekommen. Etwa 1000 Mann wurden auf dem Bahnhof mit Weist empfangen und von Vertretern des A- und S.-Rates begrüßt. Demjenigen

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

... die die ...

Ein Jahr Amerika.

Roman von Arthur Sapp. 5. Fortsetzung. Das gnädige Fräulein sah den Dampf "Aurora" ...

Stellen. Stubosus juris.

"Stellen. Stubosus juris." "Ich habe gesehen die Herren Studenten in Bonn ...

Robbichlötteri Riela, Schützenstr. 10.

Robbichlötteri Riela, Schützenstr. 10. Robbichlötteri Riela, Schützenstr. 10. ...

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Spieltage vom 10.-12. Dezember.

Der Dornenweg.

Drama in 4 Akten.

Liebe macht erfinderisch.

Komödie in 3 Akten.

Die Scherz: Hans Jach.

Suche für 1. Januar 1919 für meinen Haushalt ein an Ordnung gewöhntes selbständiges

Hausmädchen

mit einigen Kochkenntnissen. Mit Buch zu melden bei Frau M. Dehne, Kaiser-Str. 11.

Schreibelehrling

findet Oftern gute Verdienste im Riesaer Tageblatt.

Suche für meinen Sohn, Halbzeugteilnehmer, 28 Jahre alt, Stellung als

Wirtschaftler

auf mittlerem oder kleinerem Gut bei beschleunigter Ausscheidung. Eintritt kann sofort nach Entlassung geschehen. Offerten unter R 1123 an das Tageblatt Riesa.

Geigenunterricht

für 14 Jähr. Mädchen gesucht. Offert. unter R 1124 an das Tageblatt Riesa erb.

Schlachtpferd

abzugeben. Preis 330.

Ein schöner junger harter Zugschweine steht zu verk. Hermann Förster, Lichtenlee.

2 mittelstarke Pferde

stehen zu verkaufen im Strassenbahn-Debot.

Kleine Dänferschweine

stehen zu verkaufen. Volkmann Tamm, Gröba. Ankautbescheinigungen sind mitzubringen.

Vereinsnachrichten

„Sängertrupp“, Dienstag, den 10. d. M., 9 Uhr „Kronprinz“, Selbshändige Vereinsprobe.
 „Chöre zu Gröba“, Diese Woche nur Freitag, den 13. d. M., 8 Uhr „Wettiner Hof“, Damen und Herren.
 „Sängertrupp“, Dienstag, den 10. d. M., 8 Uhr „Eltterasse“, anst. Singkunde. Mittwoch keine Singkunde.

Am Dienstag, den 10. Dezember, nachmittags 4 Uhr findet in der hiesigen „Eltterasse“ ein

Aufklärungs-Vortrag

des Herrn Rechtsanwalt Friedrich in Riesa über das Thema

Wahlrecht — Wahlpflicht

für die Mitglieder der unterzeichneten Frauen-Vereine statt. Zutritt haben nur Mitglieder und eingeführte Gäste. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Frauen-Verein Riesa, Landwirtschaftl. Frauen-Verein Riesa.

Damenmäntel, neue Formen, solide Stoffe, billige Preise.

Emil Förster

Fa. M. Barthel Nachf.

Den Einwohnern von Riesa und Umgegend, besonders den Herren Hausbesitzern gebe ich hiermit bekannt, daß ich in Riesa, Bauher Straße 22, ein

Ofenseker-Geschäft

eröffnet habe. Indem ich mich den Herren Hausbesitzern zur Ausführung sämtlicher in das Fach einschlagender Neuauflösungen, sowie zum Umfassen und Reparieren von Ofen, Pfeifen, Maschinen, Gerben usw. bei sauberster Ausführung zu angemessenen Preisen empfehle, bitte ich, mich in meinem Unternehmen gütig berücksichtigen zu wollen.

M. Bindemann, Ofenseker
 Paulitzer Straße 22.

In der Nacht zum Sonntag verschied im Stadtkrankenhaus ganz plötzlich die gute Pflegerin meiner 3 Jungen, die Kindergärtnerin I. Klasse

Fräulein Margarete Hahn

aus Dresden.

In der Zeit, während welcher die viel zu früh Dahingeschiedene in meinem Hause tätig war, hat sie eine Fülle von Herzensgüte, Liebe, Aufopferung und Anhänglichkeit an den Kleinen bewiesen, dass ich eine grosse Lücke hart empfinde. Gerne werde ich Fräulein Hahn ein dauerndes Andenken bewahren.

In stiller Trauer, Bruno Hasse.

Riesa, Goethestr. 1, am 8. Dezember 1918.

Die Überführung nach Dresden erfolgt am Dienstag vom Stadtkrankenhaus aus.

Wir erhielten die erschütternde Nachricht, daß auch unser zweiter Sohn und Bruder

Friedrich August Hoffmann

ein Opfer dieses fürchterlichen Krieges wurde. Er starb auf dem Heimweg an Lungenentzündung im Festungslazarett Coblenz.

Gröba, Steinstraße 28, am 7. Dezember 1918.

In tiefem Schmerz
 Familie G. Leopold
 Klara Hoffmann.

An alle Arbeitgeber!

Der letzte Waffengang des Weltkrieges ist beendet. In Scharen kehren Deutschlands Soldaten heim. Handel und Industrie müssen nun nach Kräften bemüht sein, allen eine Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen, die für guten, hinreichenden Verdienst bürgt. Die Umformung der Kriegs- in Friedenswirtschaft hat allerdings oft Verhältnisse geschaffen, die wie unliebsame Lasten auf den Schultern der Arbeitgeber ruhen.

Neuerk schwer zu lösen ist die Frage, die durch die Einstellung der Heimkehrenden in den vorhandenen Beamten- und Arbeiterapparat aufgerollt wird.

Wir verkennen diese Schwierigkeiten nicht. Jedoch müssen wir die Handlungsweise jener scharf verurteilen, die es sich nun schon zur ersten Aufgabe gemacht haben, die Kriegsbeschädigten zu entlassen. Es ist die allergrößte Unfugheit, hier ein Loch aufzureißen, um ein anderes zu verstopfen. Das Vorkommen der Stunde ist, das diejenigen, die in gesunden Wirtschaftsebenen vom Staate überreicht werden, jetzt pflichtgemäß helfend für die Allgemeinheit einzutreten.

Die Geschichte würde streng richten, wenn den Opfern des grauenvollen Weltkrieges der letzte Glaube an die Dankspflicht des Volkes genommen würde.

Laßt darum den Kriegsbeschädigten das tägliche Brot, ohne jedoch den Heimkehrenden und der übrigen notleidenden Masse dasselbe zu vernehren.

Setzt den Bedarf an der richtigen Stelle an und helft an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes, eingebend des Grundsatzes: „Wo ein Wille, da ein Weg“.

Ortsgruppe Riesa und Umg. der freien wirtschaftlichen Vereinigungen Kriegsbeschädigter, Landesverband Sachsen.

Jetzt beste Pflanzzeit für

Obstbäume und Beerenobst.

Große Vorräte, erstklassige Qualitäten.

Paul Binfert Baum-Bausib.

Brikett-Ausgabe

Riesa-Stadt von früh 8 bis mittags 12 Uhr und von 1-5 Uhr. C. F. Förster.

Für die vielen Beweise liebevoller Anteilnahme beim Verluste meines innigstgeliebten, unvergesslichen Sohnes

Walter

herzlichen Dank. Dank auch dem Herrn Lehrer Bohmann und den lieben kleinen Mitschülern für das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte. Dies alles hat unsern munden Herzen so wohlgetan.

In tiefer Trauer
 Familie Walter Volk, Feilengasse, Riesa. Kaiser-Franz-Josef-Str. 7.

Für die Beweise der Liebe und Teilnahme, sowie für den reichen Blumenschmuck und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte unserer lieben Entschlafenen, Frau

Wilhelmine verw. Haupt

sagen wir allen Verwandten, Nachbarn und Bekannten den

herzlichen Dank.

Riesa, 9. Dezember

Die trauernde Familie Max Haupt und alle Hinterbliebenen.

Nachruf!

Unserer lieben, unvergesslichen, viel zu früh dahingeshiedenen Jugendfreundin

Wella Theilig

rufen wir ein „Ruhe sanft“ in ihr frühes Grab nach.

Gewidmet von ihren Freundinnen.

Nach schwerem, langen Leiden verschied am 7. d. Mts. mein innigstgeliebter Sohn, unser lieber Bruder, Schwager, Neffe und Enkel

Willy Sauer

im blühenden Alter von 17 Jahren. In tiefem Schmerz

Karl Sauer, Oberkammerer, und Kinder. Riesa, Sedanstr. 8, II.

Die Beerdigung erfolgt am Dienstag mittags 1 Uhr vom Trauerhause aus.

1 starkes Pferd

ist zu verkaufen. Coburg Nr. 30.

Ein schönes, K 2 2 ist zu verkaufen. Coburg Nr. 11.

Kino, größeres, gut erhaltenes, mit ca. 1000 m Film, sowie ein gut erhaltenes

B-Füßelhorn preiswert zu verkaufen. Stadtkasse Nr. 1, 1. r.

Soft neuen Puppenw. a. verf. Gaußstr. 50, Dinterb.

Ein guterhalt. Schafpferd und ein Puppenwagen zu verkaufen. Gaußstr. 30.

Gr. heller guterb. Puppenwagen zu kaufen gesucht. Offert. unt. P H 740 an das Tageblatt Riesa.

Ein neuer 2 telliger Aufwandsbuch, eine Puppenstube und 1 Pferdestall zu verkaufen.

Zu erf. im Tagebl. Riesa. Eine fast neue Zimmereinrichtung im ganzen oder einzeln billig zu verkaufen.

Zu erf. im Tagebl. Riesa.

15 Gasföhrer, Gasteile etc. preiswert zu verkaufen. Gaußstr. 60, 1. r.

Gebr. Schneiderpuppe (Gr. 42) zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter P H 731 an das Tagebl. Riesa.

Federbett aus Privatband zu kaufen gesucht. Frau S. Reich, Dresden-El., Gr. Brüdergasse 14, 1.

Ein Transport Christbäume ist wieder eingetroffen.

Herrn Schöns, Rüdricht. Neue meinen Beruf wieder aus.

Anna Schumann, Gebirgs- u. Bierbau.

Milchfahren und Milchfahren jeder Art führt aus Otto Jank, Feilengasse, Riesa.

Wieder Wälch starkes kein Erich, Auslandsware, 1 Beutel 50 Pf. mind. 10 Pf. n. Rüdricht. Welsch, Dresden 16, Gerolstr. 53.

Schlemmkreide, Gyps, Zement, Kalk- und Zellfarben, Fußboden- u. Lackfarben

in Dosen, Bronze, Bronze-Zinktur, Binzel in versch. Größen.

Alfred Otto, Gröba, Riesaer Str. 18, Fernsprecher 254.

Morgen Dienstag 1/2 9 Uhr

Ber-sammlung

in der Elbterasse. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Rauwännischer Verein — Riesa. — Monatsversammlung

Dienstag, den 10. 12., abends 9 Uhr Elbterasse.

Sonnabend, den 14. Dezbr., abends 8 Uhr

Monatsversammlung, Elbterasse.

Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

Die heutige Nr. umfasst 6 Seiten.

Nach dem Berliner Putsch.

Die letzten Ursachen der blutigen Berliner Zusammenstöße am Freitag voriger Woche sind zwar noch immer nicht einwandfrei festgestellt; aber in großen Zügen hat sich doch Klarheit schaffen lassen.

Der Sonntag nach dem Putsch ist dann, obwohl Hunderttausende in Berlin in Versammlungen geströmt und später auf der Straße waren, ohne Ruhestörungen verlaufen. Die alte Sozialdemokratie hat durch ihre zahlreichen überfüllten Versammlungen am Sonntag mit wiederum bewiesen, daß sie selbst in Berlin durchaus die Mehrheit hinter sich hat.

Was die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in nächster Woche beschließen wird, steht noch nicht fest. Viel wird auf ihre Zusammenkunft ankommen. Die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte haben am Sonntag eine einstimmige Wahlordnung für die Reichskonferenz angenommen.

Die Erfüllung dieser Forderung womöglich schon Ende Dezember oder Anfang Januar ist in der Tat das einzige Rettungsmittel. Dazu müßte sich in Berlin die Regierung zum scharfen Verbot des Waffentragens für alle Unbefugten durchsetzen.

Die Urheber des Verhaftungsgebots gegen den Vollzugsrat.

Die „Zeits. R. R.“ melden aus Berlin: In den Abendstunden des Sonnabends wurde an den Sitzsäulen ein rotes Plakat der Vollzugsratigen veröffentlicht, worin mitgeteilt wird, daß nach den Ermittlungen zwei Herren des kaiserlichen Amtes, Herr von Scheibler und Graf Watzdorf, die Urheber des Verhaftungsgebots gegen den Vollzugsrat seien.

Die der „Vorwärts“ mitteilt, wurden die Anführer des Putschversuchs auf den Vollzugsrat, der Eisenbahningenieur Fischer und die Soldaten Ertz und Franz, verhaftet. Weitere Verhaftungen dürften noch folgen.

Wie verhielt sich das Generalkommando?

Das Wolffbüro verbreitete Sonnabend über die Zusammenstöße in der Chausseestraße und in der Invalidenstraße in Berlin folgenden Bericht: Der ganze Vorfall ist auf einen Befehl des Generalkommandos der Gardebataillon zurückzuführen. Das Generalkommando hatte an die Militärkommande den Befehl gegeben, Mannschaften alarmiert auf die Straße gehen und Demonstrationen von den Germania- und Coblenz-Regimenten zu lassen.

Demgegenüber wird festgestellt, daß von Seiten des Generalkommandos des Gardebataillons weder ein Befehl, noch eine Weisung an die Berliner Gardebataillon gegeben worden ist, die deren Verhalten bei den Vorgängen irgendwie beeinflusst hätte.

Regierungsminister Schick. Unterstaatssekretär Köhler. Gegenüber dieser Darstellung des Kriegsministeriums verbreitet der Berliner Polizeipräsident Eichhorn folgende Richtigstellung: Das Kriegsministerium gibt gegenüber einer Meldung des B.T.Z. die Versicherung ab: Von Seiten des Generalkommandos des Garde-Korps sei ein Befehl an die Berliner Truppen, StraßenDemonstrationen aufzusuchen, nicht ergangen.

hörig auszurufen. Die Soldaten riefen mit Maschinengewehren und Handgranaten aus. Befehlsgemäß wurde der Zug aus den Germaniahäusern nach der Schillerstraße abgemacht; erst als dieser der Zug aus den Germaniahäusern die Chausseestraße aufwärts heranrückte, kam es zu der Schießerei, in deren Verlauf, nach der Aussage des Kommandoführers von den Soldaten etwa 500 Schüsse abgegeben wurden.

Die Truderei der „Roten Fahne“ vorübergehend befehligt.

In den Abendstunden des Freitag nahm laut „Vorwärts“ eine Abteilung Franzosen in den Geschäftsräumen der „Roten Fahne“ eine Durchsuchung vor. Eine Abteilung überreichte den Toreingang. Schließlich wurde jedoch mitgeteilt, daß ein Verbot vorzuliegen scheint und das Militär rückt gegen 8 Uhr ab.

Die Verkündung des Generalkreises am Sonnabend.

Die Kundgebungen vom Freitag, bei denen etwa 20 Personen getötet und 40 verwundet wurden, stellen sich immer mehr als ein Versuch der Spartakusleute heraus, die Regierung zu zwingen, um selber das Heft in die Hand zu bekommen. Für Sonnabend hatte der Spartakusbund den Generalkreis verkündet. In einigen Zeitungen stellen die Arbeiter die Arbeit auch ein.

Naher Verlauf des Sonntags.

Aus Berlin wird gemeldet: Die für Sonntag angekündigten Kundgebungen sind nach den bis 2 Uhr nachmittags vorliegenden Nachrichten ruhig verlaufen. Es regnet.

Der Propaganda-Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei hatte gestern vormittags Versammlungen in 13 lokalen Groß-Bezirksveranstaltungen, die gut besucht waren. Bekannte Führer der Partei, wie Bauer, Gert, Ernst, Göhre, Heine, Ulrich, Scheibemann, Schöpslin, Stülcken und Weiss, traten Beiträge über das gemeinsame Thema: „Sozialismus und Demokratie“.

Die Unabhängigen hatten mittags zwei Versammlungen unter jedem Dittmal anberaumt. Hier sprachen Freischild, Dittmann, Goase, Adolf Hoffmann, Bedebour und Steddel. Sie forderten zu festem Zusammenhalt zwecks Abwehr der Gegenrevolution, die immer frecher ihr Haupt erhebt, auf.

Der Spartakusbund hatte seine Gefolgschaft zu nachmittags 2 Uhr nach dem Treptower Park eingeladen. Hier wurden etwa 3000 Mann zusammengeführt; u. a. sprach auch Liebknecht. Einzelne kleine Abteilungen zogen nach Berlin, doch die Hauptmasse blieb bereits auf der Treptower Chaussee an. Redelwetter und Brähler hatten eine zahlreichere Beteiligung in allen Fällen herbeigeführt. Von irgendwelchen Unruhen oder Zusammenstößen war bis zum Abend nichts gemeldet.

Der Streit um die Schuldfrage.

Die „Freiheit“ gibt die Schuld an den Vorgängen ohne Einschränkung der Regierung und sagt u. a.: Die Soldaten, die sich zu diesem verbrecherischen Anschlag auf den Vollzugsrat haben mißbrauchen lassen, sind nicht die Schuldigen. Die wahren Verbrecher sind Weis, Scheibemann, Gert und Gernstein, die seit Wochen die Soldaten aufbeistehen, alle gegenrevolutionären Elemente in Schutz nehmen und mit dem Popanz des Bolschewismus eine wahre Propagandamotzphäre in Berlin geschaffen haben.

Die „Freiheit“ vertritt nicht die Auffassung, daß die Regierung diese Vorgänge gewollt habe, und sagt u. a.: Gert weiß nichts Besseres zu tun, als dem Bräutigam (Gert) die ebenfalls gewohnte Antwort zu erteilen. Aber er sagte ihm noch, daß die Regierung sich bisher nicht mit dem A- und S-Wort verhandelt habe. Er trohet sich die „Freiheit“ in den Vorgängen eine Warnung vor der Gegenrevolution. Der Hybrid liege rechts. Die Warnung gelte vor allem den Rechtslogikern und ihrer Presse, die die gegenrevolutionäre Hebe gegen die Unabhängigen und die Spartakusgruppe unterstützen und gefördert hätten.

Stürmische Vorgänge in München.

Vorgänge in München, die sich in der Sonnabendnacht abspielten, stellen sich als ein bolschewistischer Putschversuch dar mit den politischen Zwecken: 1) den Minister des Innern Auer zu beseitigen und 2) sich der bürgerlichen Presse zu bemächtigen. Nach Beendigung von zwei kommunistischen Soldatenversammlungen führten bewaffnete Soldatenhäuser die Verlagsgebäude des „Bavrischen Kuriers“, des „Neuen Münchener Tageblattes“ und der „Münchener Neuesten Nachrichten“, sowie der „Münchener Augsburger Abendzeitung“, besonders im „Kurier“ kam es zu lebhaften Kämpfen, wobei die Bolschewisten erklärten, die Zeitung gehe von jetzt ab in den alleinigen Besitz des Personals über. Dies werde die bolschewistische Idee vertreten. In die Privatwohnung des Ministers des Innern Auer drangen 300 bis 400 Bewaffnete ein und zwangen unter Drohung mit der Waffe und unter großen Beschuldigungen Auer eine schriftliche Rücktritts Erklärung des Ministers. Schließlich traf eine Abteilung des Infanterie-Leib-Regiments ein, die sich dem Minister Auer zur Verfügung stellte. Die Korrespondent Hoffmann melbet am Montag: Der Minister des Volksstaates Bayern spricht seine tiefste Empörung über den auf den Minister Auer nachts verübten Überfall aus. Die von ihm erteilte Erklärung ist selbstverständlich null und nichtig und der Minister bleibt Mitglied der Regierung. Die Regierung des Volksstaates Bayern. J. A.: Der Ministerpräsident Kurt Eisner. — Da der Putsch mißglückt ist, sind unterdessen sämtliche Zeitungen, die befehligt worden waren, wieder völlig frei geworden.

Weitere Meldungen zur Lage.

Das Feldheer für Ober-Saale. Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung, der durch den Vertretertag, der Feldsoldatenräte in Bad Nauh mit der Führung der Geschäfte eines Zentralfeldsoldatenrates des Feldheeres betraut worden ist, teilt folgendes mit: Das einmütige Vertrauen, das vom Feldheer bei der Kaiser Tagung Ober-Saale bezeugt wurde, scheint sowohl in rechts- wie in ganz linksstehenden Kreisen Beunruhigung hervorgerufen zu haben. Offenbar hat man in beiden Lagern mit Unterstützung durch das Feldheer gerechnet. Da diese Berechnung durch die einseitige Kundgebung der Frontsoldatenräte in Gumbach zuwanden geworden ist, möchte man versuchen, nun von außen einen Keil zwischen Regierung und Feldheer zu treiben. Demgegenüber müssen wir mit aller Entschiedenheit feststellen, daß solches Bemühen nie und nimmer verlangen kann, denn das Feldheer steht sich geschlossen um die Regierung Ober-Saale und wird sich einmütig allen jenen entgegenstellen, die der neuen Regierung Schwierigkeiten bereiten wollen. Zur Frage der Nationalversammlung hat das Feldheer ebenfalls klare Stellung genommen; es verlangt die baldige Einberufung der Nationalversammlung, will aber die Möglichkeit haben, hier mitzumischen.

Ein drohender Eisenbahnstreik befeitigt.

Aus Berlin wird gemeldet: Mit einem gefährlichen Ausmaß drohten die preussischen Eisenbahn-Betriebskräfte, die durch Verhandlungen zwischen den Vertretern der Organisationen und der Regierung verhindert worden ist. Am Freitag hatten die Arbeiter und Handwerker der Eisenbahnbetriebsstätten von Groß-Berlin im Eisenbahnministerium eine Reihe von Forderungen vorgebracht und für den Fall ihrer Ablehnung mit sofortiger Arbeitsniederlegung gedroht. Der Eisenbahnminister hofft bewilligte diese Forderungen, die insgesamt einen Wert von nicht weniger als 300 Millionen ausmachen. Er tat dies vorbehaltlich der Zustimmung des preussischen Kabinetts. Am Sonnabend erlaubte die Eisenbahn eine Deputation in das preussische Staatsministerium, die der Regierung neue Forderungen unterbreitete. Diese Forderungen hätten den Etat insgesamt mit 500 Millionen belastet. Nach längeren Verhandlungen, die sich bis in den frühen Abend hinein erstreckten und an denen außer den Mitgliedern des politischen Kabinetts, das Finanzministerium und das Eisenbahnministerium beteiligt waren, gelang es, eine Einigung zu erzielen. Die nunmehr bewilligten neuen Summen betragen 400 Millionen Mark. Die Regierung war in einer Zwangslage, denn ein Eisenbahnstreik in diesem Momente hätte nicht nur die ganze Lebensmittellieferung in Deutschland unterbrochen, sondern außerdem noch die Heimkehr der Arbeiter und Handwerker auf die Angehörigen auslösen würde. Schon jetzt sind für die Beamten sogenannte Ausgleichszulagen in Höhe von insgesamt 40 Millionen vorgegeben.

Ein Reichslohnamt.

Aus Berlin wird gemeldet: Wie wir von zuständiger Seite erfahren, kehrt die Errichtung eines Reichslohnamts bevor, das sämtliche Lohnfragen regeln und die Entscheidungen auf dem Gebiete der Lohnpolitik, und zwar sowohl der privaten als der öffentlichen, überwachen soll. Die katastrophale Aufwärtsbewegung der Löhne, die sowohl die staatlichen wie privaten Betriebe mit nahezu Panterrott und die Arbeiterschaft mit einer bisher beispiellosen Arbeitslosigkeit bedroht, hat die Schaffung dieses neuen Reichsamts notwendig gemacht. Die preussische Staatsregierung hat dieser Maßnahme bereits zugestimmt. Aber deren Ausführung noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden ist. Wahrscheinlich wird dem preussischen Staatsministerium ein besonderes Kommissariat für Lohnfragen angegliedert werden, ähnlich wie das Kommissariat für das Wohnungswesen. Und zwar in der Weise, daß der preussische Staatskommissar gleichzeitig zum Reichskommissar ernannt wird. Möglich ist aber auch, daß das Lohnamt unmittelbar beim Reich errichtet wird. Die Verhandlungen darüber schweben noch.

Besserung unserer Ernährungsverhältnisse.

Die Aussichten unserer Brotversorgung haben sich in den letzten Tagen dadurch gebessert, daß infolge des frohen Wetters die Hackfruchtenernte teilweise rascher, als erwartet, beendet wurde. Dadurch sind viele Arbeitskräfte frei geworden, so daß die Demobilisierungen der Reichsgreife und der Kommunalverbände den Erfolg hatten, daß mehr Getreide, als erwartet wurde, zur Ablieferung gelangte. Wenn der Güterverkehr in vollem Umfange aufrecht erhalten wird, werden sich die Eingänge an Brotgetreide bezart steigern lassen, daß die Brotversorgung über den 7. Februar 1919 hinaus gesichert ist. Wenn in der Woche darauf hingewiesen wurde, daß die alte Regierung über unsere Ernährungsverhältnisse Berichte gegeben hat, die den Tatsachen nicht entsprechen, so erklärt sich das damit, daß zwischen Entscheidungen, Entwerfen und Ernennungserfassung bedeutende Unterschiede sich stets ergeben müßten. Durch die Grippeepidemie, die große Erweichung unserer Transportverhältnisse und besonders durch die politischen Ereignisse sind in der letzten Zeit empfindliche Verzerrungen in der Ablieferung hervorgerufen worden. Ungünstige Angaben über vorhandene Vorräte sind von keiner amtlichen Seite gemacht worden.

Aufruf an das werktätige Volk Deutschlands.

In dem auf den herrschenden Arbeitermangel im Bergbau und die auf's höchste gestiegene Kohlennot hingewiesen wird. Die Arbeitslosen sollten helfen, Kohlen zu fördern. Der Textilindustrie mangelt es an eisernen Maschinen, der Hauttätigkeit an eisernen Werkzeugen und Geräten. Im Transporthandwerk, dem Trichter des Volkswohls, herrscht Mangel an Arbeitskräften. 3000 Lokomotiven und 15000 Güterwagen habe die Entente weggenommen, weshalb mit dem verbleibenden Rest gut gewirtschaftet und der Güterverkehr durch schnelle Entladung geregelt werden müsse. Auch die Hand- und Fuhrwirtschaft linge über Arbeitermangel. Getreide bleibe ungedroschen in einer Zeit größter Nahrungsmittelknappheit. Es fehle aber auch an Bau-, Brenn- und Grubenholz. Der Aufruf ermahnt die Arbeitslosen, nicht in den Großstädten zu bleiben, in deren Fabriken sich die Heilbarkeiten hineinstromen, die ein Recht auf ihren alten Platz hätten. Der Aufruf schließt mit der Mahnung an die Volksgenossen, durch Arbeit sich selbst und den andern zu nützen und wahre Sozialität zu üben, um nicht am Untergang des Volkes mitschuldig zu werden. Bei Arbeitsmangel sei freie Eisenbahnfahrt aus öffentlichen Mitteln gewährleistet.

Thyssen und Stinnes verhaftet.

Aus Mülheim a. d. R. wird gemeldet: Wegen Landesverrats, begangen durch den Versuch, die Entente zu einer Besetzung des Ruhrgebietes zu bestimmen, wurden in der vorletzten Nacht nach hundertlangem Verhör vom Arbeiter- und Soldatenrat Mülheim die Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen jr. und Edmund Stinnes sowie die Direktoren Herrle, Beder, Birg, Kommerzienrat Köhnen und Bergschlosser Stens verhaftet. Die Verhaftungen wurden nach Mülheim gebracht und werden dort wahrscheinlich nach Berlin gebracht werden, wo sie sich verantworten sollen.

Der Bergbauverein Essen richtete folgendes Telegramm an den Handelsminister: Im hiesigen Revier geht ein durch die Presse genährtes Gerücht um, die unzureichende Förderung sei auf den passiven Widerstand der Bergverwaltung zurückzuführen, die eine Besetzung des Reviers durch Ententetruppen wünsche. Wir bitten, das Oberbergamt zu veranlassen, nach einer Fällungsmaßnahme mit den Bergarbeiter- und Grubenbeamtenorganisationen diesen Gerüchten nachzugehen, und festzustellen, ob nur der leiseste Anstoß zu diesen unerhörten und gemeinen Verdächtigungen gegeben ist.

Gegen eine rheinisch-westfälische Republik.

Aus Köln wird gemeldet: Eine vom Arbeiter- und Soldatenrat in Köln einberufene Versammlung im Ohrenschloß erhob scharfen Protest gegen den Plan bürgerlicher und sozial-kapitalistischer Kreise, die Rheinisch-Westfälische Republik auszurufen. In diesem Beschlusse, unter dem Schutze der Okkupationsmächte die westdeutschen Provinzen in die Gestalt der Republik zu bringen, ganz gleich in welcher Form es geschieht, erklärt die Versammlung einen Verrat an der deutschen Volkseinheit. Die Versammlung ist der Ansicht, daß groß-kapitalistische Kreise einen selbständigen rheinisch-westfälischen Staat nur erstreben, um sich vor der drohenden Sozialisierung der Produktionsmittel zu schützen. Die sozial-freudalen Kreise verfolgen kirchlich-politische Interessen und fallen dem deutschen Volke in der Stunde schwerster Not in den Rücken. Die Versammlung erklärt, daß nur der groß-deutsche demokratisch-sozialistische Einheitsstaat auf der Grundlage des deutschen Sprachgebietes einschließlich Deutsch-Oesterreichs Gewähr dafür bietet, daß das deutsche Volk in seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zur höchsten Stufe emporgehoben werden kann. Jeder Separatismus und Partikularismus wird mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Versammlung gelobt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die volksfeindlichen Lösungsversuche zu bekämpfen.

München und das Berliner Auswärtige Amt.

Das Verfehlens des Arbeiterrates in München meldet: Der Aktionsausschuß des provisorischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates für Bayern fordert von der bayerischen Regierung, daß sie gegenüber der Reichsregierung folgende Erklärung abgibt: Wenn 1. an Stelle Solfs ein unkompromittierter Mann getreten ist, 2. die Zustimmung gegeben wird, daß Erbringer an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt, hält sie das Auswärtige Amt wieder für verhandlungsfähig.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Das französische Oberkommando hat die deutsche Oberste Heeresleitung um Bezeichnung von Bevollmächtigten zur Verlängerung des Waffenstillstandes ersucht. Die Zusammenkunft könnte am 12. oder 18. Dezember nachmittags in Xrier stattfinden. Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erbringer.

Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.

Die Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Arbeitsgemeinschaft bezweckt die gemeinsame Lösung aller die Industrie und Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen durch einen paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildeten Zentralausschuß. Die Aufgabe des Zentralausschusses besteht in der Beratung und Regelung aller derartigen Fragen, die sämtlichen Hauptgruppen, also der gesamten Industrie und dem gesamten Gewerbe Deutschlands, gemeinsam sind, sowie derjenigen Fragen, die aus dem Bereiche einer einzelnen Fachgruppe herausgehen. Die gegenwärtige Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft besteht darin, im engen Zusammenarbeiten mit dem Dynamisierungsamt bei allen Fragen der Arbeitsbedingungen, der Arbeits- und Auftragsbeschaffung, ferner bei der Umstellung und Wiedereingliederung unserer Industrie und unseres Gewerbes mitzuwirken.

Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wendet sich mit einem

Verständliche Blockade gegen Deutschland.

Aus Berlin wird gemeldet: Marshall Foch hat gestern der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Entscheidung übergeben:

Der Lebensmittelverkehr von der von den alliierten Armeen besetzten Zone nach der neutralen Zone, ferner die Eisenbahn- und Straßenbahnverbindungen zwischen diesen Zonen sind nicht zulässig in Anbetracht der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade Deutschlands, die in dem Waffenstillstandsabkommen vorgegeben ist. Den Armeen sind Instruktionen gegeben worden bezüglich der über die Bahn-, Telegraphen- und Telefonverbindungen im Rheinland ausübenden Kontrolle.

Diese Entscheidung steht mit dem Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens (Artikel 6 und 28) im Widerspruch. Die deutsche Regierung wird auf diplomatischem Wege und durch die Waffenstillstandskommission Protest hiergegen einlegen.

Deutscher Funkspruch an die russische Regierung.

Der Vollausschuß Berlin des Arbeiter- und Soldatenrates hat an die russische Regierung folgenden Funkspruch gerichtet: Wir haben mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die Sowjetregierung alles aufbietet, um einen Zusammenstoß mit deutschen Truppen zu vermeiden und bitten, auch weiterhin mit Entschiedenheit Sorge zu tragen, daß russische Truppen erst nachdrücken, wenn die deutschen Truppen bereits fort sind, damit Reibungen auf alle Fälle vermieden werden. Wir sprechen nochmals unsere Freude über das angehängte Erscheinen der Delegation aus.

Bildung von Volksgerichten.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Das kaiserliche Ministerium der Justiz gibt bekannt: Auf Grund der Verordnung vom 19. Nov. 1918 wird im Einzelnen mit dem Ministerium für militärische Angelegenheiten für die Landgerichtsbezirke München I, Nürnberg und Bamberg ein Volksgericht mit dem Sitz in München, Nürnberg und Bamberg errichtet. Die Volksgerichte treten sofort in Tätigkeit.

Der Lichtkondensator in England.

Reuter meldet: Der Präsident des Handelsamtes teilt in einer Erklärung an die Presse mit, daß ein Abkommen mit den Eisenbahnen bevorsteht. Danach wird erstens am 1. Februar für das ganze Personal der achtstündigen Arbeitstage eingeführt, zweitens bleiben alle bestehenden Dienstverordnungen unverändert, bis durch einen möglichst rasch zu erneuernden Beschluß ein Beschluß über die Neuregelung der Löhne und der anderen Arbeitsbedingungen der Eisenbahner des vereinigten Königreichs gefaßt werden wird.

Der „Kleiner Rotterd. Courant“ meldet aus London vom 8. Dezember: Morgen um 12 Uhr mittags werden die Baumwollspinner in Lancashire ihre Betriebe schließen, wodurch 100 000 Arbeiter arbeitslos werden. Die Gewerkschaften verlangen eine Erhöhung der gegenwärtigen Löhne um 50%. Die Arbeitgeber bieten 25%. Die heutige Konferenz zwischen den Arbeitern und Delegierten der Arbeitgeber hat zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeiter verlangen sich ein Vermittlungsangebot anzunehmen, und beschließen den Streik.

Zeplyk von den Tschechen besetzt.

Blättermeldungen zufolge wurden Zeplyk und Sednau nachmittags von tschecho-slowakischen Truppen besetzt. Die Vertreter von Stadt und Bezirk Zeplyk leiten namens der deutschen Bevölkerung Verwahrung ein gegen die Besetzung und erklärten, daß sie nur unter dem Druck der militärischen Gewalt sich den Maßnahmen der tschecho-slowakischen Truppen fügen. Die Besetzung vollzog sich in Ruhe und Ordnung.

Die Engländer in Wien.

Sonnabend nachmittags kamen 4500 Mann englischer Infanterie in den westlichen Vororten Wiens an und besetzten Privatquartiere; die zur Verfügung gestellten öffentlichen Gebäude wurden nicht benutzt.

Renkungen Lloyd George.

In einer Wählerversammlung in Leeds sagte Lloyd George: Nachdem wir den größten Kampf um den Fortschritt der Menschheit gewonnen haben, müssen wir mit allen Kräften trachten, England auf eine Höhe empor zu bringen, wie sie noch nie dagewesen ist. „Daily Mail“ erklärt: Lloyd George wird mitteilen, daß Großbritannien und die Dominionen von Deutschland eine Geldentschädigung von acht Milliarden Pf. Sterl. — 180 Milliarden Mk. verlangen werden. Diese Forderung würde eine Erhöhung der Steuern um 400 Millionen jährlich erfordern. Die Forderung wurde von einem Ausschuss unter dem Vorsitz des australischen Premier Lloyd George aufgestellt.

Reuter meldet aus London: Sir H. Geddes, der Minister des Nationaldienstes, sagte in einer Rede in Plymouth, England könne Deutschland nicht erlauben, in Waren zu bezahlen, sonst würde seine eigene Industrie lahmgelegt. Deutschland könnte mit allem Golde, was es bezieht und mit seinen Rohstoffen bezahlen. Es könnte mit Arbeit bezahlen, indem es die Gebiete in Frankreich und in Belgien, welche es verwirklicht hat, wieder herstellt.

Frankreich verlangt die Auslieferung der deutschen Handelschiffe.

Nach dem Echo de Paris verlangt Frankreich die Auslieferung sämtlicher deutscher Handelschiffe, die in den Ententehäfen liegen. Das Blatt schreibt, die französische Handelsflotte gilt als so zu sagen nicht mehr. Frankreich müsse sich mit den deutschen Schiffen seinen Platz an der Sonne sichern.

Amerika und Englands Seeherrschaft.

Der „Kleiner Rotterd. Courant“ meldet aus Neuyork: Etwas gleichzeitig mit Churchill's Erklärung, daß Großbritannien sich keine Beschränkung der Rückgaben zur See gefallen lassen werde, ist ein drastisches Telegramm vom Dampfer „George Washington“ eingetroffen, auf dem sich Wilson befindet. In dem Telegramm wird erklärt, daß der Präsident vorzuziehen werde, jeder bewaffneten Herrschaft einer einzelnen Nation ein Ende zu machen. — Dem „Daily Telegraph“ zufolge sind die meisten Verteidigungsamerikaner der Ansicht, daß damit kein ausichtsloses Dilemma entstanden ist. Aber eine kleine Gruppe in Amerika schreibt und spricht in dem Sinne, daß Englands Seeherrschaft, seine Seeherrschaft aufzugeben, ein Beweis von großer Unmohung sei.

Stimmen für ein größeres Belgien.

In der französischen Presse machen sich Stimmen für ein größeres Belgien bemerkbar, dem Hollandisch-Flämische, Luxemburg und das linke Scheldener zugesprochen werden soll.

Ubergangswirtschaft im Rechtsleben.

Von dem endgültigen Friedensschlusse trennt uns nunmehr eine verhältnismäßig kurze Zeit. Die Ubergangswirtschaft ist allenthalben auf dem Marsche, die staatliche Verwaltung und die Betriebe des Einzelnen haben ihre Maßnahmen dafür bereits getroffen. Fast aber gewinnt es den Anschein, als ob hierbei das Rechtsleben nicht in dem erforderlichen Maße berücksichtigt worden wäre. Gemäß sind auch hier allerlei Vorbereitungen getroffen, den Rechtslebensfragen werden, soweit sie Kriegsteilnehmer waren, Erleichterungen gewährt. Es fehlen aber jene Vorbereitungen, die das große Heer von Richtern, von Verwaltungsbeamten, Rechtsanwältinnen und sonstigen Juristen, die so lange ihrem Beruf entsagen waren, auf dem raschesten Wege in das Rechtsleben des Friedens zurückzuführen. Nur ein geringer Teil von den Eingekerkerten hatte Gelegenheit, sich im Ubergang mit der Rechtslehre zu beschäftigen. Und auch hier waren die Fragen, die an den Rechtslebensherantraten, meist nur wenigen Gebieten des Rechtes entnommen. Es blieb also den Juristen, die am Kriege teilnahmen, nur übrig, sich durch Beschäftigung mit dem sachlichen Schrifttum fortzubilden. Aber dem Soldaten, namentlich dem, der in vorderer Linie hand, fehlte doch die nötige Ruhe, um sich mit den Rechtsfragen allgemeiner Natur zu befassen. Je länger der Krieg dauert, umso mehr vergrößerten sich die Lücken im juristischen Wissen des Einzelnen. Wenn nun der Friede alle diese Tausende Rechtsverständigen dem bürgerlichen Leben wiedergeben wird, dann ist nicht nur der Einzelne genötigt, sich möglichst bald seinem Berufe wieder mit voller Kraft zu widmen, auch der Staat muß vielmehr den heimkehrenden Juristen Mittel und Wege an die Hand geben, damit sie möglichst rasch das nachholende, was sie im Rechtsleben der Kriegsjahre vermissen haben. Die Deutsche Juristen-Zeitung, die sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt, sieht eine dankbare Aufgabe für die in die Heimat geduldeten Juristen darin, den demagogischen Amtsgenossen zu helfen und so zum Wohle der Gesamtheit zu wirken. Universitäten und Akademien können ohne Weiteres Vorlesungen von Rechtslehrern und ausübenden Juristen abhalten lassen, in denen, natürlich in gekürzter Form, die Fortschritte der Rechtslehre und der Rechtsprechung in anregender Weise dargestellt werden. Gleiches läßt sich aber auch und zwar ohne besondere Schwierigkeiten am Orte eines jeden Landgerichtes und besonders bei den Oberlandesgerichten durchzuführen, wenn sich nur die Vorstände der Gerichte und der Anwaltskammern gewissenhaft bemühen, aus der Zahl der Juristen und Verwaltungsbeamten die Geeigneten für die Vorlesungen zu gewinnen. Für die Gerichte kommt noch in Betracht, daß sie sich nach dem Kriege betreiben werden müssen, die Referenzen möglichst bald so weit zu bringen, daß sie ihre juristische Ausbildung mit Erfolg vollenden können. Gerade für diese Zwecke aber sind kurz zusammengefaßte Vorlesungen von Männern, welche die ganze Kriegszeit über tätig in der Praxis gestanden haben, besser geeignet, als irgendwelche sonstigen Vorträge. Für diese von Rechtsanwältinnen Mannheim in Vosen vorgeschlagenen Anregungen werden gewiß alle jene Juristen, die im Felde draußen waren und von denen mancher nicht ohne Sorge an die Zeit denkt, wo an ihn die eiserne Notwendigkeit herantritt, Amt und Beruf so gewissenhaft auszuüben, wie er es vor dem Kriege getan hat, verständigen Dank wissen.

Alle diejenigen, welche an den Nachlaß der am 18. Oktober d. J. verstorbenen Frau Marie Amalie Wöhler, hier, Bismarckstraße 2, Forderungen zu stellen oder Zahlungen zu leisten haben, werden hiermit aufgefordert, dieselben bis zum 15. Dezember d. J. bei mir anzumelden. Paul Winter, als Testamentsvollstrecker.

Die fiktive Einlösung der am 2. Januar 1918 fälligen Zinscheine unserer Oppoholtenlandbriefe erfolgt vom

16. Dezember d. J. ab

aufser an unserer Kasse in Dresden, Ringstraße 50, in Riesa bei der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt Aktiengesellschaft, der Riesaer Bank, Aktiengesellschaft in Riesa und an den sonstigen bekannten Wandbrief-Verkaufsstellen. Dresden, im Dezember 1918.

Sächsische Bodenereditanstalt.

Seifenfabrik Grubann & Ancke, Riesa.
Der Einzelverkauf in **K. A. Seifenpulver und K. A. Selse** findet kommenden Mittwoch statt. Karten für Dezember u. Januar sind mitzuschicken.

Brennholz-Auktion.

Sonnabend, den 14. d. Mts., vorm. 1 Uhr, sollen auf dem Forsthausener Rittergutbezirk ein großer Posten **Lang- und Abraumhaufen** meistbietend versteigert werden. Aufmerksamst Herrschberg, Großpfl.

Wachtung! Schlachtpferde!
Sucht jederselbst zu kaufen. Bei Reichsblättern schnellst. zur Stelle. Wenn Transport. Weiterverkauf findet nicht statt. **Albert Mohlhorn, Gröba.** Telefon Riesa Nr. 685.

Wittwoch, den 11. Dezember, vorm. 9 Uhr, findet bei der Nachr.-Verl.-Abt. 19 Tr.-Pl. Zeithain

öffentliche Pferde-Versteigerung
von circa 200 Leichten, mizleren und schweren arbeitverwendungs-fähigen Pferden statt. Zutritt haben nur Inhaber von roten und weißen Pferdemarken und Personen mit von der Ortsbehörde rechtsgültig ausgestellten Anweisungen. Händler haben keinen Zutritt.

Am Donnerst. 1 Schlüsselfring mit 4 Schlüsseln vert. Bitte abzugeben **Gröba, Salohlr. 2.**

Ein möbl. Zimmer
für Herrn sof. od. später gef. Offerten m. Preisang. unt. 0 H 730 an das Tagel. Riesa.

Gelucht in Riesa oder Umgebung v. ja. Kinder. Ehep. per 1. Januar eine schöne

3-Zimmer-Wohnung
mit Küche, rot. Bad, kleines Gärtchen, elektr. Licht sehr erwünscht. Off. bitte unter 0 H 730 an das Tagel. Riesa.

Größere Räume,
passend für Möbelgeschäft u. zu vermieten **Gröba, 60. 1. r.**

20 Mark Belohnung
jähle ich demjenigen, der mit den Täter namhaft machen kann, der die mir gehörigen Tafeln an der Brücken- und an der Georg-Müller-Strasse mit der Aufschrift „Nach dem Ganja-Hotel Gröba“ herausgerissen und mit fortgeschleppt hat. **S. Jachaus, Gröba, Olshaker Str. 25.**

25 j. Mädchen,
im Kochen und Nähen sehr gut bewandert, sucht im Januar oder später Stellung in bef. Haushalt. Offerten unter 0 H 741 an das Tagel. Riesa.

Reitow-Vorbed und die Seinen.

Nun hat auch sie die Waffen strecken müssen In Afrika, die deutsche Feldmarschall, Die für des Vaterlandes Ruhm und Ehre Voll Todesmut gekristen Jahr um Jahr. Die Augen haben ihnen wohl gewittert, Da, zu ergeben sich, kam das Gebot, Und ihre Feldherren heiß gestirrt, Da sie's befolgeten unterm Druck der Not.

Nicht Wort noch Schrift wird jemals es verfluchen. Wie Reitow-Vorbeds tapfere Herrschaft frucht, Was sie in Kämpfen und in Urwaldgründen Und in der africanischen Sonne litt, Wie sie, ruhelos gehet von milden Gorden, Und von der Feinde überlegem Heer, Zu weiter Länder unwegsamem Borden Vorbei sich schlugen, stolz und stark und hehr.

Aus Feldensängen werden einmal rauschen Die Laten unker Kapren läßt hervor, Und unsre Anteil werden ihnen lauschen Reuchenden Auges und mit giergem Ob. Und wenn die Löwe jene Kämpfer preisen Und für das Vaterland ihr großes Tun, Wie ihre Gehrucht um die Hügel kreisen, Drin Helmatern so manche Selben ruhn. **Johanna Weiskind.**